



Werden Sie sich dafür einsetzen, dass bei dem Thema Hörverlust die präventiven Maßnahmen ausgebaut werden und beispielsweise daraufhin wirken, dass Hörtests Teil der Vorsorgeuntersuchungen ab 50 Jahren werden?

**Antwort CDU/CSU:** 

Unser Leitbild ist eine medizinische Kultur, die dem ganzen Menschen dient und auf stetigen Fortschritt setzt. Dafür wollen wir Patientenorientierung, therapeutische Wahlfreiheit, Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation stärker in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen stellen.

**Antwort SPD:**  **Soziale Politik für Dich.**

Über den Umfang des Leistungskataloges der GKV und damit auch den Inhalt der Vorsorgeuntersuchungen bestimmt nicht die Politik. Vielmehr entscheidet die gemeinsame Selbstverwaltung von Krankenkassen, Ärzt:innen und Patient:innen – der Gemeinsame Bundesausschuss, mit wissenschaftlicher Expertise. Es steht den Antragsberechtigten Bänken im G-BA jederzeit frei, einen entsprechenden Antrag hierzu zu stellen. Eine Beurteilung kann und sollte die Politik hier nicht vornehmen. Wir haben Vertrauen in die Entscheidungen der Selbstverwaltung.



**Antwort Grüne:**

Prävention muss eine zentrale Rolle erhalten. Noch wichtiger als diese sekundärpräventiven Maßnahmen sind aus unserer Sicht aber Maßnahmen der Primärprävention sowie Gesundheitsförderung, durch die verhindert werden soll, dass es überhaupt zu Schädigungen des Gehörs oder gar Hörverlust kommt. Auch Verkehrslärm, schädliche Arbeitsbedingungen usw. können Ursache einer späteren Gehörschädigung sein.

**Antwort LINKE:** 

Ja, da Hörverlust altersabhängig ist, könnte diese Maßnahme durchaus hilfreich sein. Zu klären wäre die Häufigkeit, mit der diese Untersuchung gemacht wird. So wäre es auch vorstellbar, in jüngeren Jahren auch ohne Anlass eine einmalige Früherkennungsuntersuchung anzubieten, und mit fortschreitendem Alter die Untersuchungsfrequenz zu erhöhen. Denkbar wäre auch, Betriebsärztinnen und Betriebsärzte einzubeziehen. Wir wären jedenfalls sehr offen, eine gesetzliche Regelung einzuführen, die auf Evidenz basiert.



**Antwort FDP:** 

Wir setzen uns generell für eine Neuausrichtung der Präventionsangebote ein. Wir möchten, dass diese anhand klarer und messbarer Zielvorgaben ausgerichtet und regelmäßig evaluiert werden. Hier können auch präventive Maßnahmen im Bereich des Hörens eingebettet werden.